



Vorfahrt für Sicherheit und Stabilität

Jordanien nach der Wahl

Die Ergebnisse der jordanischen Parlamentswahl vom Dienstag, dem 22. November 2007, sprechen eine klare Sprache: Sicherheit und Stabilität vor Experimenten und unkontrolliertem Wandel. Bei einer nationalen durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 54 Prozent gelang es vor allem königstreuen Kandidaten, sich gegenüber islamistischen Kräften durchzusetzen. Das Ziel einer Stärkung der royalen Kräfte nahm der bisherige Premierministers Marouf Al Bakhit bereits am Wahltag in einer Fernsehansprache vorweg: „Heute ist ein historischer Tag, weil er zur Bildung einer ausgeglichenen zweiten Kammer mit fähigen Abgeordneten führen wird, die in der Lage sind, Jordanien zu repräsentieren und mit den Herausforderungen umzugehen wissen.“ Die Wählerpartizipation schwankte zwischen 82 Prozent im ländlichstrukturierten Tafelberg im Süden des Landes und 32 Prozent im zweiten Distrikt in der Hauptstadt Amman. Als Folge der Wahlen wird erwartet, daß König Abdullah II. eine Regierungsumbildung vornehmen wird, da die Amtszeit Al Bakhits mit der Neukonstituierung des Parlaments abgelaufen ist. Bestätigten Gerüchte vor der Wahl noch eine weitere Amtszeit von Al Bakhit, so wurde alsbald bestätigt, daß der bisherigen Transportminister Nader Al Dahabi dieses Amt übernehmen wird.

Die 2,5 Millionen Wahlberechtigten trafen eine gezielte Auswahl aus den 880 Kandidaten, um royale Parlamentarier, darunter konservative Beduinen und Politiker der un-

abhängigen Mitte, in die gesetzgebende zweite Kammer zu wählen. Bis 2011 werden unter anderem der ehemalige Parlamentssprecher Abdul Hadi Majali, der ehemalige Premierminister Abdu-Ra`uf S. Rawabdeh und der ehemalige stellvertretende Premierminister Abdul Karim Dughmi den Wählerauftrag wahrnehmen. Somit entschieden sich eine Mehrheit der Wähler für Sicherheit der politischen Verhältnisse und eine Fortsetzung der schrittweisen Reformen im haschemitischen Königreich. Im sich zu konstituierenden 15. Parlament errang der jordanische Ableger der Muslimbruderschaft, die Islamic Action Front (IAF), lediglich sechs der 110 zu besetzenden Abgeordnetensitze. Selbst in den bisherigen Hochburgen in Zarqa und Irbid konnten sich die IAF Kandidaten nicht durchsetzen. Der Gewinn von nur sechs Plätzen im Parlament gleicht einem Erdrutschverlust im Vergleich zu den 2003 errungenen 17 Sitzen. Demnach ist die Strategie der IAF fehlgeschlagen, vor allem aus dem Unmut der mehrheitlich palästinensischen Bevölkerung Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Nach dem Urnengang erklärten IAF-Vertreter, die sich trotz Boykottüberlegungen zur Teilnahme an der Wahl entschlossen hatten, das unausgewogene Wahlsystem, Stimmenkauf und den starken politischen Gegenwind aus den Reihen der königstreuen Regierung als die Ursachen ihrer Wahlniederlage.

Jordanien weibliches politisches Profil gestärkt

26. November 2007

www.kas.de/regional

Neben der Besetzung der sechs Sitze, die gemäß eines Quotensystems Frauen zur Verfügung stehen, konnte eine Kandidatin Falak Al Jamaani als direkt gewählte Unabhängige ins Parlament einziehen. Al Jamaani, eine ehemalige Zahnärztin der jordanischen Streitkräfte, zog bereits 2003 in das 14. Parlament über das Quotensystem ein. Bei dem jetzigen Urnengang gelang es ihr, sich im 2. Distrikt in Madaba gegen die Konkurrenz von 15 männlichen Wettstreitern zu behaupten und sich mit 3.301 Stimmen gegen den nächsten Konkurrenten mit 1.820 durchzusetzen. Die Steigerung der weiblichen Präsenz bei den Wahlen zeigte sich bereits bei der beachtlichen Zahl von 199 weiblichen Kandidaten im Vergleich von 54 Kandidatinnen bei den Wahlen 2003. Jedoch belegten Umfragen vor der Wahl, daß wahlberechtigte Frauen vor allem entlang familiärer und tribaler Bindungen einen männlichen Bewerber bevorzugten.

Reibungsloser Verlauf der Wahlen mit kleinen Schönheitsfehlern

Nach erfolgter Abstimmung der Bevölkerung äußerte sich Eid Fayez, jordanischer Innenminister, positiv über den Verlauf: „Die Wahlen erfolgten in einer reibungslosen und ermutigenden Weise“. Zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung während des Wahlganges mobilisierte die Regierung 40.000 Sicherheitskräfte, die an strategischen Orten und an den Wahllokalen eingesetzt wurden. Gerade im Süden des Landes, der im politischen Bereich von tribalen Abhängigkeiten geprägt ist, galt es, Zwischenfälle zwischen rivalisierenden Stämmen zu verhindern. Lediglich ein gewaltsames Ereignis wurde aus der Stadt Karak gemeldet. Neben der vereinzelt Festnahme von Personen, die Wählerstimmen kauften, wurden 15 Männer festgenommen, die Personalausweise manipulierten, um den Wahlausgang zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Zur Gewährleistung eines reibungslosen Wahlverlaufs setzte das Innenministerium

90.000 Mitarbeiter in den Wahllokalen im gesamten Land ein. Zuvor waren unabhängige Beobachter, die sich in der Jordanian Civil Alliance zusammengeschlossen hatten, von staatlicher Seite angewiesen, ihre Kontrolle unter der Schirmherrschaft des National Centre for Human Rights wahrzunehmen. Jedoch widersetzten sich die 45 Nichtregierungsorganisationen und führten eine eigenständige Beobachtung der Wahlen durch. In ihrem unabhängigen Wählerbericht kritisierten sie, die verspätete Öffnung von Wahllokalen, die Fehlfunktion von Computernetzwerken und die Abwesenheit von Namen im Wählerverzeichnis. Trotzdem attestieren auch diese unabhängigen Gruppen einen im Vergleich zu den Kommunalwahlen vom Juli diesen Jahres professionellen Verlauf der Wahlen.

Ausblick auf die weitere Zukunft Jordaniens nach den Wahlen

„Keine Experimente“ – so ließe sich die Entscheidung der jordanischen Wähler kommentieren, da sie mehrheitlich für Sicherheit und Stabilität optierten. Vor dem Hintergrund der turbulenten regionalen Ereignisse im Konfliktbogen von den palästinensischen Gebieten über den Libanon und dem Irak bis hin zum strategisch aufstrebenden Iran eine durchaus nachvollziehbare Entscheidung. Insofern kann erwartet werden, dass der langsam voranschreitende Reformprozeß in Jordanien kontinuierlich fortgesetzt wird. Beachtlich im regionalen Kontext ist zudem insbesondere das schlechte Abschneiden der Islamic Action Front; regionale Beobachter werteten deren Resultat auch als ein generelles Zeichen der Schwäche der politischen Islamisten, echte Alternativen anzubieten. Daher stärkt dieses Wahlergebnis insbesondere die politische Rolle des moderaten Monarchen, damit dieser über die tagespolitischen Entwicklungen hinaus auch an einer friedlichen und prosperierenden Zukunft der Region mitarbeiten kann.